

Der Präsident

Herrn
Bundeskanzler
Olaf Scholz, MdB
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Nur per E-Mail

20.07.2023

Bundshaushalt 2024

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

ich schreibe Ihnen heute aus großer Sorge um unseren Sozialstaat und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege sind angesichts der Kürzungsvorhaben im Bundshaushalt für 2024 alarmiert. Dieser sieht für Leistungen der Freien Wohlfahrtspflege eine Kürzung von insgesamt etwa 25% vor. Die Verbände mahnen, dass die Kürzungen massive Einschnitte bei einer Vielzahl von sozialen Angeboten und eine nachhaltige Schwächung des Zusammenhaltes in der Gesellschaft bedeuten würden.

Der vorliegende Bundshaushalt ist weder zukunftsfest, noch geht er den mutigen Weg in Richtung einer nachhaltigen und gerechteren Gesellschaft weiter, den die Bundesregierung im Koalitionsvertrag vorgezeichnet hat. Darin wurden die Wohlfahrtsverbände klar als wichtige Stütze der Daseinsvorsorge benannt. Die jetzige Kehrtwende ist nicht nur ein Zeichen mangelnder Anerkennung dieser Rolle, sondern auch mangelnden Verständnisses für ihre zentrale Bedeutung.

Die Mitarbeitenden in den Einrichtungen und Diensten der Wohlfahrtsverbände und die vielen freiwillig Engagierten, die sich in und mit den Verbänden für eine Kultur des Miteinanders einsetzen, empfinden die Kürzungen auch als Zeichen von mangelndem Respekt. Die massiven Einsparungen bei sozialen Leistungen, die die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege für Menschen in sozialen Not- und Ausnahmesituationen gerade auch in Krisenzeiten verlässlich erbringen wollen, werden spürbare gesamtgesellschaftliche Auswirkungen haben.

Als besonders krasses Beispiel seien die Kürzungen in Höhe von etwa 30% im Bereich der Migrationsberatung für erwachsene Zugewanderte (MBE) genannt. Sie treffen paradoxerweise zusammen mit der höchsten Zahl von Neuzugewanderten nach Deutschland seit der großen Fluchtbewegung nach dem II. Weltkrieg, darunter 1,2 Mio. Geflüchtete allein aus der Ukraine. Die Nachfrage nach qualitativer angemessener Beratung ist unverändert hoch. In Anerkennung dessen waren im Laufe des Jahres 2022 zunächst Sondermittel und für 2023 weitere Mittel bereitgestellt worden.

Jetzt sollen diese nicht nur zurückgenommen, sondern sogar Kürzungen vorgenommen werden. Das würde Arbeitsplatzverluste für die Mitarbeitenden im Programm bedeuten, die sich täglich mit ihrer Expertise für Ratsuchende einsetzen. Die etablierten und bewährten Strukturen des Beratungsangebotes gerieten massiv unter Druck. Ein weiterer Aspekt: Von der Migrationserstberatung profitiert natürlich auch die Suche nach Fachkräften. Eine Kürzung widerspricht auch den Zielen, die im gerade beschlossenen Fachkräfteeinwanderungsgesetz formuliert wurden.

Zusagen einer Ausweitung im Programm der bundesweiten, behördenunabhängigen Asylverfahrensberatung (AVB) werden nicht eingehalten. Auch beim Bundesprogramm für die Psychosozialen Zentren (PSZ) soll massiv gespart werden, gekürzt wird hier von 17 Mio. auf 7 Mio. Euro.

Das erst seit 2019 etablierte Förderprogramm zur Zukunftssicherung der Freien Wohlfahrtspflege durch Digitalisierung in Höhe von 3,5 Mill. Euro wird sogar komplett beendet.

Ebenso sind die Freiwilligendienste von einer ca. 23%igen Kürzung betroffen – es stehen rund 30.000 Freiwilligenplätze auf dem Spiel.

Die Spitzenverbände sind auch ohne Kürzungen bereits großen Sparanstrengungen ausgesetzt. Diese ergeben sich allein schon aus den hohen Inflationsraten der letzten Monate und verabredeten und absehbaren Tarifsteigerungen. Daher darf es mindestens nominell keine Kürzungen geben. Die Freie Wohlfahrtspflege hat sich als Garant der sozialen Infrastruktur und Stabilisator in den letzten Krisen sehr bewährt. Diese Rolle ist definitiv gefährdet.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, lieber Olaf Scholz,

wir bitten Sie vor diesem Hintergrund, sich dafür einzusetzen, dass die drohenden Kürzungen im parlamentarischen Verfahren abgewendet werden.
Ein gleichlautendes Schreiben erhält der Bundesminister der Finanzen.

Mit freundlichen Grüßen



Michael Groß
Präsident